



"VERTRAULICH"

Panama, 1. Mai 1988

RP Nr. 6 - BU

**Nicaragua: Friedensverhandlungen zwischen  
Regierung und Resistencia Nicaraguense (RN)**

Gespräche Bucher mit J. Bendaña, Generalsekretär des Aussenministeriums (X); José Angel Buitrago, Vizeminister für auswärtige Zusammenarbeit (Y); Hans-Jürgen Wischniewski, sozialdemokratischer Abgeordneter der BRD und Chefberater der sandinistischen Delegation in den Friedensverhandlungen (Z); Enrique Bolaños, Chef des Unternehmerverbandes (COSEP); Carlos Huembes, Chef der Coordinadora Democratica; Alvin Guthrie, Chef des unabhängigen Gewerkschaftsverbandes (CUS); Virgilio Godoy, Chef des Partido Liberal Independiente (PLI); F. Ayales, Botschafter von Costa Rica; R. Melton, Botschafter der USA.

Bitte auch für DEH, UNA/EMD sowie Botschaften Guatemala, Washington, Mexico, Bogota, Caracas, Panama, Havanna und Mission New York

1. Die zweite Runde der Friedensverhandlungen in Managua ging am 30. April ergebnislos zu Ende. Beide Seiten einigten sich lediglich, am 12., 13. und 14. Mai erneut an einem noch zu bestimmenden Ort zusammenzutreffen. Es scheint, die Contra wolle nach dem entmutigend kleinen Popularitätserfolg in Managua lieber wieder ausserhalb Nicaraguas tagen. Dies gab den Sandinisten Anlass zu sarkastischen Kommentaren.

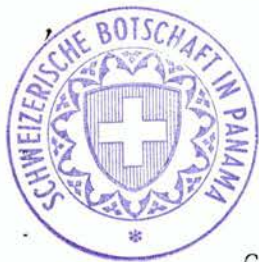
Ueber die Verhandlungen ist wenig an die Oeffentlichkeit gedrungen. Aufgrund eines längeren Gesprächs, das ich vorgängig mit Hans-Jürgen Wischniewski führte, kann man jedoch vermuten, dass der Streit vor allem um die Organisation ging, welche die humanitäre Hilfe verteilen soll. Die Contra scheint aus verschiedenen Gründen Argwohn gegen das IKRK zu hegen und lehnt diese Organisation entschieden ab. Die Truppenkommandanten dürften in erster Linie die Amnestieregelung aufs Korn genommen haben, denn sie wollen ihre ehemaligen Kollegen der somocistischen Guardia Nacional aus dem Gefängnis holen. Nichts wissen wollte die RN auch von einer Verlängerung der Waffenruhe um 30 Tage.

Daniel Ortega, der die USA für die Unnachgiebigkeit der Contra verantwortlich macht, droht nun, die Guerilla mit einer "gigantischen Offensive" zu zerschlagen, falls bis zum 30. Mai keine endgültige Regelung gefunden wurde.

2. Die zweite Runde in Managua begann bereits auf wackligem Boden. Bis kurz vor Verhandlungsbeginn stand die Teilnahme der RN im Zweifel. Dass schliesslich alle vier Direktoriumsmitglieder und dazu weiter auch wichtige Militärkommandanten erschienen, überraschte. Die Sandinisten, denen deutlich an einem erfolgreichen Abschluss gelegen ist (wenn auch nicht um jeden Preis!), atmeten auf. Der tiefe Zwist in der RN vermindert spürbar ihre Verhandlungskapazität, was die

./.





Gegenseite nur beschränkt freut. X und Y umschreiben die Verhandlungsproblematik denn auch schlicht so: Die RN (bzw. ihr harter Kern) wolle gar keinen endgültigen Waffenstillstand, sondern spiele auf Zeit. Dahinter stehe die Hoffnung auf einen Stimmungsumschwung in Washington und auf weitere Hilfe, um den Krieg neu gestärkt wiederaufzunehmen.

Wieviel an dieser Behauptung echte Befürchtung und wieviel "Kriegspropaganda" darstellt, ist schwer auszumachen. Man hat Mühe zu glauben, es könnte bei der RN, mit Ausnahme einiger unpolitischer Kriegsgurgeln, wirklich jemand auf eine erfolgreiche Fortsetzung des Kriegs spekulieren. Es stimmt zwar, dass die Contra bei Managua I wesentliche Zugeständnisse von Sapoa zurücknehmen wollte, doch dies aus einem andern Grund. Noch immer versucht die RN nämlich, politische Themen in die Waffenstillstandsverhandlungen einzuschliessen, während die Sandinisten die Gespräche mit gutem Grund auf technische Aspekte des Waffenstillstands beschränken. Zwar dürfte es nicht völlig bedeutungslos sein, ob die humanitäre Hilfe durch eine neutrale Organisation verteilt wird, oder unter der Kontrolle der USA und der Contra bleibt. Auch ist es nicht nebensächlich, ob sich die Contra in 18'000 km<sup>2</sup> oder in 36'000 km<sup>2</sup> umfassende Zonen zurückziehen müssen, wo diese Zonen liegen und welche "Autonomie" der Contra darin zugebilligt wird. Doch alle diese Probleme scheinen lösbar, sofern die Contra andere, nämlich politische Zugeständnisse erhalte. Und diese Forderungen laufen, wie man weiss, unter dem Titel "Demokratisierung".

3. Doch worin besteht denn die geforderte Demokratisierung eigentlich? Die Opposition und die USA werfen den Sandinisten bekanntlich Totalitarismus vor. Man kann nicht bestreiten, dass die Comandantes eine engmaschige Machtkontrolle ausüben und der Opposition nur wenig Raum zur Entfaltung lassen. Die Möglichkeiten, alternative politische Modelle zu entwickeln (falls die Opposition dazu überhaupt fähig wäre!) und mit ihnen in demokratische Konkurrenz zum herrschenden System zu treten, bleiben gering. Noch kleiner sind die Chancen, die Sandinisten mit Hilfe der anerkannten demokratischen Mechanismen von der Macht zu verdrängen, hat doch Daniel Ortega selber im vergangenen Dezember das ominöse Wort gesprochen, die Sandinisten seien zwar bereit, bei einer (völlig unwahrscheinlichen) Wahlniederlage die Regierung abzutreten, nie aber die Macht. Nun ist aber zweifellos nicht die pure Existenz von Parteien, sondern deren ungehinderter Machtzugang, also die Machtalternabilität, das Herzstück einer echten pluralistischen Demokratie. Nur eben: Die Sandinisten üben ihre Macht kaum mit staatsrechtlich verfassten Mitteln, sondern mit Hilfe eines zum Staat parallelen Apparates aus, in dem der Kaderpartei FSLN und den Massenorganisationen eine Schlüsselrolle zukommt. Diese "private" Organisation kann aber nicht Gegenstand von Verhandlungen werden.



Zurecht kritisiert die Opposition die weitgehende Identität von Staat, Armee und Partei als die "Ursünde" des Systems und als Kern der Machtmechanik. Folgerichtig postuliert sie die "Entflechtung" der drei Elemente. Doch es gilt auch hier: Diese Identität ist kaum das Werk einer staatlich-verfassungsmässigen Konstruktion, sondern vielmehr ein pures Faktum. So fehlen denn bisher auch weitgehend konkrete Vorschläge, wie diese Entflechtung bewerkstelligt werden soll. Durch das blosses Streichen des Adjektivs "sandinistisch" vor den Begriffen Volksheer oder Polizei wird man es jedenfalls nicht bewerkstelligen. Der sicherste Weg dazu wäre die Oeffnung von Staatsverwaltung und Heerführung auch für Oppositionelle. Dazu aber werden die Sandinisten keine Hand bieten; das spricht Y unumwunden aus. Um den Machtwechsel zu erleichtern, fordern Contra und interne Opposition, die Nichtwiederwahl des Präsidenten zum Verfassungsgrundsatz zu machen. Das reflektiert zwar eine langjährige Tradition in vielen südamerikanischen Ländern, wo man auf diesem Weg den Caudillismo zu bremsen trachtet. Die meisten dieser Länder bezahlen dafür allerdings mit der mangelnden Kontinuität in der Staatsführung einen hohen Preis, und zudem ist mit dieser Regelung für einen echten Machtwechsel noch wenig gewonnen.

In Nicaragua wird die Pressefreiheit nicht durch Gesetze, sondern durch "Papierknappheit" und werden die Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit nicht durch Dekrete, sondern durch die von oben eingesetzten und gelenkten "turbas divinas" eingeschränkt. Durch welche Vertragsklausel könnte dies beseitigt werden?

Schliesslich und endlich kann sich eine pluralistische Demokratie nur dort entfalten, wo sich die Parteien gegenseitig als gleichberechtigte, der Sache des Staates und des Volkes dienende Kräfte respektieren. Genau diesen minimalen Respekt aber verweigern die Sandinisten allen übrigen Gruppierungen, stehen diese nun rechts oder links von ihnen. Sie diffamieren und diabolisieren sie alle pauschal als "vendepatrias", als "mercenarios", als Handlanger des Imperialismus, als vaterlandslose Stellvertreter des Erzfeindes USA, kurzum, sie akzeptiert die Opposition nicht als Gegner im (fairen) Kampf um die Macht im Staat und im Wettbewerb um die Durchsetzung politisch, sozial und wirtschaftlich alternativer Modelle, sondern stempelt sie zu Volksfeinden. Dieses Klima der konstanten Verhetzung, in dem man selbst vor massiven Einschüchterungen nicht zurückschreckt, behindert eine funktionierende Demokratie gewiss mehr, als einige fragwürdige Gesetzes- und Verfassungsbestimmungen. Was geändert werden müsste, sind weniger Gesetze und Dekrete, als vielmehr der politische Wille. Doch dieser Willen war in Managua nicht Verhandlungsgenständig und wird es auch bei den kommenden Treffen nicht sein.

4. Ein Beispiel, wie die Sandinisten mit ihren politischen Gegnern umgehen, liefert zur Zeit der Streik der Bauarbeit, der Automechaniker und der Kellner. Er brach vor zwei Monaten in der Folge der Wirtschafts- und Währungsreform aus, welche diesen Berufsgruppen starke Lohn-einbussen brachte. Nachdem die Regierung bisher jedes Verhandlungsgesuch schroff zurückgewiesen hat, unterstreichen die Arbeiter ihre Forderungen seit einer Woche mit einem Hungerstreik. Dabei drohen sie bis zum Aeussersten zu gehen und auch vor dem Tod nicht zurückzuschrecken. Kommentar des Parlamentspräsidenten, Cdt. Carlos Núñez: "Man bringe mir erst einmal einen toten Arbeiter".



Es ist unter diesen Umständen nicht ganz unverständlich, dass sich die Contra nicht auf den internen Dialog vertrusten lässt, sondern so viele politische Forderungen wie möglich erfüllt sehen will, bevor sie den bewaffneten Kampf endgültig aufgibt und sich in den sandinistischen Staat einordnet. Das Esquipulas-Abkommen gibt ihnen dazu allerdings keine Handhabe, postuliert es doch unzweideutig nur technische Waffenstillstandsverhandlungen mit der Guerilla und politische Verhandlungen ausschliesslich mit der zivilen Opposition. Z bearbeitet daher die Sandinisten, um sie beim internen Dialog zu echten Konzessionen zu bewegen. Viel Fleisch bleibt allerdings auch hier nicht am Knochen: Wahrscheinlich scheint für Z, dass die Regierung Hand zu einem gemischten Fernsehaufsichtsrat bietet und damit ihr Monopol in diesem wichtigen Medium etwas einschränkt. Auch vermutet er, die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen könnten um einige Monate vorverlegt werden, womit die Sandinisten ihren guten demokratischen Willen bekundeten. Die Feuerprobe der Wahlen ins zentralamerikanische Parlament dürfte den Comandantes dagegen noch etliche Zeit erspart bleiben, nachdem Costa Rica und El Salvador grosse Mühe mit der Ratifizierung bekunden. Wie auch immer, die Machtstruktur wird durch solche Schritte nur unwesentlich verschoben.

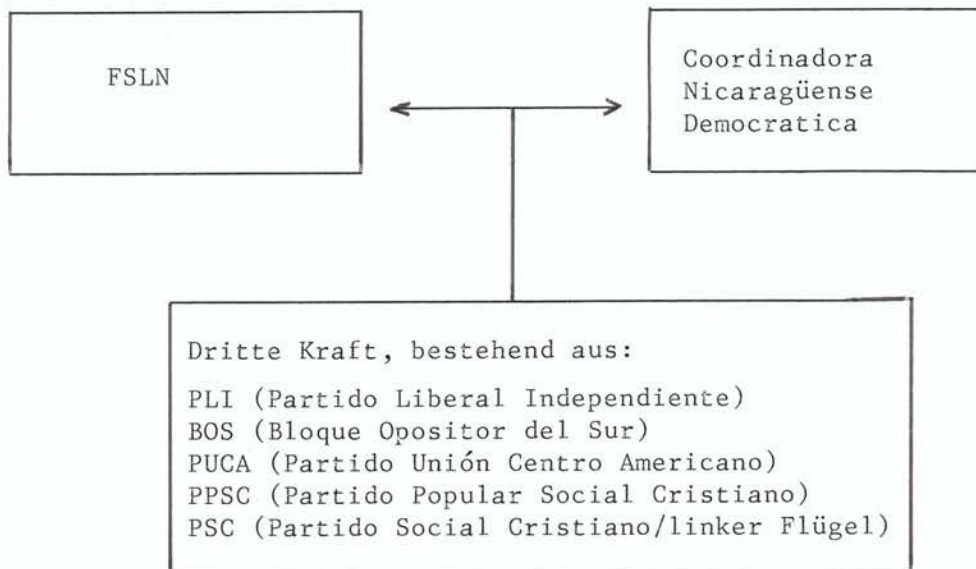
Die Sandinisten haben soeben einen neuen Hinweis für ihren Willen zur Machterhaltung geliefert: Bei der jüngsten Regierungs- und Verwaltungsreform wurden Schlüsselstellen mit entschiedenen und tatkräftigen Kadern besetzt. Man will, wie bereits nach Esquipulas II, den grösseren Spielraum den man der Opposition einräumen muss, mit grösserer Militanz wettmachen. Man ist versucht, etwas pointiert zu sagen: Als gute Leninisten praktizieren die Sandinisten die Maxime ihres Lehrmeisters, wonach der Friede die Fortsetzung des Kriegs mit andern Mitteln ist. Allerdings gilt dies nicht weniger für die Contra.

5. Es sind nicht nur die Sandinisten, welche der Contra die Heimkehr mit Hindernissen verstellen. Auch deren Freunde, die Oppositionsparteien am rechten Flügel des Parteienspektrums, zeigen nur mässige Begeisterung über die Rückkehr ihrer Gesinnungsgenossen. Sie fürchten offenbar deren Konkurrenz. A. Calero beispielsweise wurde via "La Prensa" erklärt, er sei zwar in der konservativen Partei willkommen, jedoch nicht als Parteiführer... Die Rückkehr der Contra dürfte die bereits jetzt völlig zersplitterte und zerstrittene Opposition tatsächlich weiter schwächen, muss man doch annehmen, dass dann neben den schon bestehenden 15 Oppositionsparteien noch weitere Gruppierungen entstehen werden.

Optimistischer zeigt sich Virgilio Godoy, der Chef des Partido Liberal Independiente. Er hofft und will darauf hinarbeiten, dass die Parteienlandschaft nach folgendem Schema rationaler gestaltet wird:



PSN  
PC de N  
MAP - ML



Natürlich hofft Godoy, dass die dritte Kraft zwischen dem Radikalismus der Sandinisten und der sterilen Opposition der Coordinadora mit realistischen wirtschaftlichen Rezepten, aber einem ebenso deutlichen sozialen Engagement einen grossen Teil enttäuschter Nicaraguaner ansprechen und sich damit eine breite Wählerbasis schaffen könnte.

Godoy und Díaz vom PPSC gehören zu den wenigen Oppositionspolitikern, welche gegenüber dem aktuellen Regime nicht einfach in eine sterile Verweigerungshaltung fallen. Sie wollen - obwohl klare Gegner des sandinistischen Modells und der fragwürdigen Machtausübung des FSLN - die Herausforderung annehmen und den gewährten Handlungsspielraum so gut wie möglich nutzen. Sie beweisen damit mehr Realismus als die Parteichefs der Coordinadora, die anscheinend noch immer hoffen, eines Tages werde sie doch noch ein *deus ex machina* von den Sandinisten erlösen.

J. Bucher



"VERTRAULICH"

RP Nr. 6 - BU

Panama, 1. Mai 1988

### ZUSAMMENFASSUNG

Die zweite Runde der Friedensverhandlungen in Managua ging am 30. April ergebnislos zu Ende. Man einigte sich lediglich auf eine Fortsetzung der Gespräche am 12., 13. und 14. Mai an einem noch zu bestimmenden Ort. Daniel Ortega, der die USA für den Misserfolg verantwortlich macht, droht nun, die Contra mit einer "gigantischen Offensive" zu zerschlagen, falls bis zum 30. Mai (Ende der Waffenruhe) keine endgültige Regelung gefunden wurde. Oberflächlich gesehen scheiterten die Verhandlungen an eher technischen Fragen des Waffenstillstandes (Zonen, modus operandi, Verteilung der humanitären Hilfe). Entscheidender aber ist der fortwährende Streit um den Einschluss politischer Themen (Demokratisierung; Aenderung des Wahlgesetzes; Aenderung der allgemeinen Wehrpflicht) in die Verhandlungen. Die Sandinisten weigern sich verständlicherweise hartnäckig dagegen und können zu ihrer Rechtfertigung auf das Esquipulas-Abkommen verweisen. Es bleibt zudem fragwürdig, ob die von der RN angestrebte "Demokratisierung" auf dem Verhandlungsweg bewerkstelligt werden kann, denn die sandinistische Hegemonie beruht weniger auf "diktatorialen" Gesetzen als auf einem zum Staat parallelen Machtapparat (Partei, Massenorganisationen, Kontrolle der Streitkräfte). Denkbar sind noch kleinere Konzessionen im Bereich der Pressefreiheit und ein Vorziehen der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen. Doch nicht nur die Sandinisten erschweren der tief zerstrittenen Contra die Rückkehr nach Nicaragua und in den politischen Prozess. Auch ein Teil der internen Opposition schaut mit Argwohn auf ihre "Glaubensbrüder" und fürchtet deren Konkurrenz.